



**Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen**

## **Herbstsession des Nationalrates:**

# **Lieber den Spatz in der Hand....**

Thürnen, 18. Oktober 2021

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Mit den Abstimmungsergebnissen vom 26. September bin ich sehr zufrieden. Fast zwei Drittel der Stimmbürger lehnten die 99-Prozent-Initiative der Jungsozialisten ab. Sie hätte dazu geführt, dass Vermögen über 100'000 Franken langsam, aber sicher umverteilt und vernichtet worden. Mit der Annahme der «Ehe für alle» setzt das Stimmvolk ein Zeichen für die Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren und plädiert für eine Praxis, die andere Länder schon seit 20 Jahren kennen.

Lesen Sie nun, was uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier während der Herbstsession beschäftigte:

### **Sport- und Kulturvereine ([17.448](#))**

Ehrenamtlich geführte Sport- und Kulturvereine ohne Gewinnabsicht bezahlen heute keine Mehrwertsteuer, wenn der Umsatz unter 150'000 Franken liegt. Die parlamentarische Initiative Feller, die ich vertreten durfte, verlangt, dass diese für viele Vereine viel zu tiefe Freigrenze deutlich angehoben wird. Dass sich Bundesrat selbst gegen diese moderate Erhöhung wehrt, ist nicht verständlich. Ich hätte die Umsatzgrenze noch höher angesetzt.

Doch wie heisst es so schön: Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach. Deutlich, mit 170 zu 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen stimmte der Nationalrat gegen den Willen des Bundesrats unserer Forderung zu – ein schöner Erfolg. Nun geht das Geschäft in den Ständerat.

### **Massnahmen im CO<sub>2</sub>-Gesetz werden verlängert ([21.477](#))**

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist an und für sich unbefristet. Doch die Massnahmen, die in den letzten acht Jahren zu einer deutlichen Reduktion der Treibhausgasemissionen führten, laufen nach der Ablehnung des neuen CO<sub>2</sub>-Gesetzes im Juni per Ende dieses Jahres aus. Also faktisch wären wir dann das einzige Land in Europa ohne ein gültiges Klimarecht. Daher ist es dringlich, die Massnahmen im Gebäudebereich und die Kompensationspflicht der Treibstoffimporteure zu verlängern.

Mit grossem Mehr stimmte der Nationalrat der Verlängerung der bestehenden Massnahmen bis Ende 2024 zu. Nun geht das Geschäft in den Ständerat. Ich bin zuversichtlich, dass wir allfällige Differenzen in der Wintersession vom Dezember dieses Jahres bereinigen können.

### **Zwängerei rund um eine Flugticketabgabe ([21.3973](#))**

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) stellte sich bei der Vorbereitung der Debatte im Plenum mit einer knappen Mehrheit gegen die Standesinitiativen aus neun Kantonen, die den Flugverkehr zu mehr Klimaschutz verpflichten wollten. Angesichts der Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes schien es nicht zielführend, eine Flugticketabgabe erneut aufs Tapet zu bringen. Dennoch ist sich die UREK bewusst, dass rasch gehandelt werden muss und dass die Luftfahrt ihren Beitrag an den Klimaschutz leisten müsse. Mit einem Postulat fordert die Kommission den Bundesrat auf, die Chancen für ein CO<sub>2</sub>-neutrales Fliegen bis 2050 zu klären.

### **Überteuerte Starkstromkontrolle ([21.4092](#))**

Eine Baselbieter KMU staunte kürzlich nicht schlecht, als sie die Rechnung des Eidgenössischen Starkstrominspektorats ESTI im Briefkasten hatte. Nicht nur der Stundenansatz von 180 Franken – der auch für die An- und Rückreise berechnet wurde – sondern auch der Umstand, dass ein Mitarbeiter des Rechtsdienstes den Inspektor begleitete, führte zu einer über Gebühr hohen Rechnung. Mit meiner Interpellation will ich vom Bundesrat deshalb wissen, ob

- auf welcher Rechtsgrundlage ein Rechtsdienstler den Inspektor begleitet und dessen Kosten zu 180 Franken pro Stunde den geprüften Unternehmen fakturiert wird;
- ob die Wegpauschale nicht wie bei den KMU üblich zu einem reduzierten Satz berechnet werden könne;
- und wann das ESTI zum letzten Mal von der Eidgenössischen Finanzkontrolle überprüft worden sei.

Auf die Antworten des Bundesrats im Laufe der Wintersession bin ich gespannt.

### **Filmförderung mit Netflixgebühren – ein fragwürdiges Ansinnen ([20.030](#))**

Bei der Revision des Filmgesetzes folgte der Nationalrat dem Bundesrat und dem Ständerat, dass Streaminganbieter wie zum Beispiel Netflix zu einer Abgabe von vier Prozent der Bruttoeinnahmen zugunsten des Schweizer Filmschaffens einzuführen. Ich bin strikt gegen diese Regelung, da die staatliche Aufgabe der Film- und Kulturförderung nun an private Unternehmen ausgelagert wird. Aus meiner Sicht gibt es kein einziges Argument, das für eine solche Abgabe spräche. Die Jungfreisinnigen planen das Referendum, sie haben meine volle Unterstützung. Die Schweizer Filmschaffenden werden mit diesem von den Konsumenten bezahlten Gebühren Filme produzieren, vorbei an den Kundinnen und Kunden und auch völlig gleich, ob wir sie sehen wollen oder nicht. Wenn schon eine Filmförderung gemacht werden soll, dann als staatliche Aufgabe, aber sicher nicht auf diesem fortschrittsfeindlichen Weg.

### **Konkursreitere verhindern (19.043)**

Rund ein Prozent der Konkurse sind missbräuchlich und dienen dem Zweck, sich Verpflichtungen zu entledigen und dadurch andere, fair arbeitende Unternehmen zu konkurrenzieren. Die Revision des Schuldbetriebs- und Konkursgesetzes SchKG soll diese unlautere Vorgehensweise unterbinden. Dagegen gibt es eigentlich nichts einzuwenden. Eine Minderheit der Ratslinken und die Mehrheit des Ständerates verlangte allerdings, das Recht auf den Verzicht einer eingeschränkten Revision für KMU, das sogenannte Opting-out, aus dem Gesetz zu streichen bzw. dass der Verzicht auf die Revisionsstelle alle zwei Jahre neu zu beantragen sei. Die Konsequenzen wären fatal: Sämtliche KMU mit einem Opting-out hätten neu alle zwei Jahre beim Handelsregisteramt neu beantragen müssen, dass sie weiterhin auf eine eingeschränkte Revision verzichten möchten. Der administrative Aufwand wäre für alle betroffenen ohne Nutzen gewachsen. Die rund 200'000 KMU unter Generalverdacht zu stellen, ginge viel zu weit. Vor allem aber würde diese Massnahme voll am Ziel zur Bekämpfung von Konkursreiterei vorbeischiessen. Dieses Ansinnen haben wir erfolgreich bekämpft. Ausserdem verlangte meine Minderheit, dass staatliche Organisationen bei einem Konkurs nicht bessergestellt sind, sondern gleichbehandelt werden, wie private. Dieser Antrag kam aus taktischen Gründen noch nicht durch – ich werde mich hier bei den Ständeratskollegen nochmals einbringen.

### **Verrechnungssteuergesetz: Fremdkapitalmarkt stärken (21.024)**

Die Attraktivität der Schweiz als Unternehmens- und Steuerstandort steht unter Druck. Die grossen Wirtschaftsmächte haben sich im Sommer auf eine neue, globale Steuerarchitektur geeinigt. Damit wird der Vorteil von tiefen Gewinnsteuern für internationale Konzerne infrage gestellt. Wollen wir den volkswirtschaftlichen Nutzen der wegfallenden Standortvorteile erhalten, müssen wir andere Wettbewerbsnachteile abschaffen. Im Fokus steht dabei die Verrechnungssteuer. Seit mehr als zehn Jahren bekämpft die FDP. Die Liberalen die darauf basierenden Standortnachteile.

Heute tätigen Grossunternehmen ihre Finanzierung im Ausland, weil internationale Anleger den Verrechnungssteuerabzug nicht akzeptieren – unter anderem auch, weil der Steuersatz viel zu hoch ist. Auf den Zinsen von inländischen Zinserträgen und Geldmarktpapieren soll deshalb in Zukunft keine Verrechnungssteuer mehr erhoben werden. Ausgenommen davon sind die Bankzinsen. Damit ermöglichen wir den Unternehmen, auch interne Darlehen in der Schweiz zu vergeben. Die Ausgabe von Anleihen durch Schweizer Finanzierungsinstitute wird den Kapitalmarkt beleben. Auch wenn dem Bund kurzfristig jährlich rund 170 Millionen Franken aus der Verrechnungssteuer verloren gehen, wird sich die Reform den Wirtschaftsstandort stärken, das vorhandene Steuersubstrat sichern sowie mittel- und langfristig Wertschöpfungs- und Beschäftigungsimpulse auslösen.

### **Kinderdrittbetreuungskosten – Ziel erreicht ([20.455](#))**

Ein langjähriges Anliegen der FDP ist endlich vorangekommen. Es geht um die Erhöhung des Abzugs für Drittbetreuungskosten. Diese Erhöhung ist deshalb wichtig, weil sie den Einstieg ins Berufsleben für Eheleute attraktiver macht. Mit diesem Schritt leisten wir einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel, weil wir insbesondere für gut ausgebildete Mütter den Wiedereinstieg ins Berufsleben finanziell attraktiver machen. Der Entscheid war umstritten und glücklicherweise ist der Ständerat letztlich dem Nationalrat gefolgt.

Ich konnte nach der Session ein paar freie Tage geniessen, deshalb kommt auch der Sessionsbericht ein wenig später als gewohnt. Ich hoffe, dass Sie mir dies nachsehen und ebenfalls den schönen Herbst bei bester Gesundheit geniessen können.

Ein Thema, das mich aktuell sorgt, ist die Versorgung der Schweiz mit Energie. Sie haben es vielleicht den Medien entnommen, dass Unternehmen Briefe von den Behörden erhalten, wie mit Stromversorgungsengpässen umzugehen sei. Wir haben in der Schweiz nun das Thema auf dem Tisch, das in vielen europäischen Ländern schon lange zur Diskussion steht. Es wird dringlich, die inländische Produktion auszubauen und die Versorgung mit ausländischen Partnern abzusichern. Ich bin überzeugt, dass wir nicht darum herum kommen werden, hier engagiert und mutig in die Versorgungsfrage einzusteigen und den Ausbau der Produktion in der Schweiz zu erleichtern.

Herzliche Grüsse,

**Daniela Schneeberger**

Nationalrätin FDP BL

#### **Kontakt:**

[daniela.schneeberger@parl.ch](mailto:daniela.schneeberger@parl.ch)

[www.danielaschneeberger.ch](http://www.danielaschneeberger.ch)

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)